**Politisches Forum Mehr Mut zur Tat**

**Thesen zur Sozialpolitik (Altersvorsorge und Mindestsicherung)**

Stand: 3.3.2019

1. Die Gesetzliche Rentenversicherung ist ein Umlagesystem, in dem grundsätzlich nur das an Renten ausgezahlt werden kann, was die Beitragszahler und ihre Arbeitgeber einzahlen. Faustformel: Wenn ein durchschnittlicher Rentner 60% seines Erwerbs­einkommens als Rente erhalten und der Beitragssatz 20% betragen soll, müssen drei Erwerbstätige einen Rentner finanzieren. Das bedeutet auch, dass jeder Rentner dreimal so lange eingezahlt haben muss als er Rente bezieht.
2. Diese mathematische Logik war auch jahrelange Praxis. Allerdings haben sich die Lebens­­erwartungen inzwischen stark erhöht: sie beträgt bei 65-jährigen Männern ca. 90 Jahre, bei 65-jährigen Frauen ca. 92 Jahre.[[1]](#endnote-1) Da das Renteneintrittsalter kaum erhöht wurde – die richtige Müntefering-Reform fängt erst an zu wirken –, haben sich die Rentenbezugsdauern von ca. 10 Jahren in 1960 auf knapp 20 Jahre in 2015 fast verdoppelt[[2]](#endnote-2), die Beitragszahlungszeiten aber nicht.
3. Daher (und verschärft durch systemwidrige politische Entscheidungen wie die "Rente mit 63" oder die "Mütterrente") wurde das Verhältnis von Beiträgen zu Renten­zahlungen immer schlechter. Ein immer größerer Teil der Ausgaben wird vom Steuer­zahler finanziert, in 2019 soll der Zuschuss aus dem Bundeshaushalt 98 Mrd. Euro betragen[[3]](#endnote-3), knapp 30% des Haushalts. Die weiteren Pläne für "doppelte Haltelinien" werden den Bundeshaushalt zusätzlich mit ca. 45 Mrd. Euro in 2030 und ca. 80 Mrd. Euro in 2040 belasten.[[4]](#endnote-4) Die bisherige Politik, immer größere Lasten der Renten­versicherung in den Bundeshaushalt zu verschieben, führt also in die Irre.
4. Einzige Lösung ist, das Renteneintrittsalter proportional zur Lebenserwartung steigen zu lassen. Wenn wir immer länger leben, sollten wir auch länger arbeiten. Arbeitsplätze gibt es genug; die "Rente mit 63" war auch für den Arbeitsmarkt eine Fehlentscheidung. Wenn man das bis 2010 übliche Brutto-Rentenniveau von 55% erhalten will, so dass die Rente 70% des Nettoeinkommens abdeckt, und der Beitragssatz nicht höher als 20% sein soll, bedeutet das ein Verhältnis von Rentenniveau zu Beitragssatz von 2,75 : 1. Dann muss auch das Verhältnis von Lebensarbeitszeit zu Rentenbezugszeit 2,75 : 1 sein. Das bedeutet ein Renteneintrittsalter von 72 Jahren: Wenn man mit durchschnittlich 22 Jahren mit den Einzahlungen beginnt und durchschnittlich ein Lebensalter von 90 Jahren erreicht, muss man 50 Jahre arbeiten, um 18 Jahre Rente zu beziehen (50:18 = 2,78). Das Renteneintrittsalter muss also weiterhin schrittweise erhöht werden.
5. Das Ziel, dass Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, deutlich mehr Rente beziehen sollen als Menschen, die von Sozialhilfe (ALG II) leben, ist richtig. Auch dass Erziehungs­zeiten von Müttern als gesellschaftlich wichtige Leistungen anerkannt werden und zu höheren Renten führen, ist richtig. Für diese sozialpolitischen Ziele sind Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt richtig; aber sie sollen als zusätzliche Beitrags­zahlungen geleistet werden, um das Prinzip der Rentenversicherung "Die Leistungen entsprechen den Beiträgen" aufrechtzuerhalten. Bis auf kleinere Ausnahmen sollen alle anderen Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung sukzessive auslaufen. Dann wird auch transparent, was die sozialpolitischen Leistungen kosten.
6. Die Definition von Armut kennt zwei Grenzwerte: Die "Armutsrisikoquote" misst den Anteil derjenigen, die über weniger als 60% des Median-Einkommens verfügen; das sind für Alleinstehende 1050 Euro monatlich, für Familien mit zwei Kindern 2200 Euro,[[5]](#endnote-5) 16% der Haushalte sind davon betroffen. Als arm gelten diejenigen, die über weniger als 50% des Median-Einkommens verfügen, das sind 9% der Haushalte. Die Armutsrisikoquote in Deutschland liegt ziemlich genau im EU-Durchschnitt. Nordeuropäische Länder haben etwas geringere, südeuropäische Länder etwas höhere Quoten. Selbst die "reichen" Länder Schweiz und Norwegen haben Quoten von 14% bzw. 12%.[[6]](#endnote-6)
7. Die Kosten des Sozialstaates tragen die arbeitenden Bürger. Normalverdiener werden steuerlich stark belastet: Das Durchschnittseinkommen beträgt 33.400 Euro; wer 50% mehr verdient (50.000 Euro), kommt bereits in den Spitzensteuersatz. Von einer Lohn­erhöhung von 1000 Euro bleiben dem Durchschnittsverdiener nach Steuern und Abgaben nur 365 Euro. Das ist bei allen Plänen für zusätzliche Sozialleistungen zu bedenken.
8. Wer kein Arbeitseinkommen hat, wird von der Gesellschaft solidarisch unterstützt (Sozialhilfe, jetzt ALG II oder "Hartz IV"). Diese Leistungen sind viel besser als ihr Ruf: Die durchschnittliche ALG-II-Leistung für Alleinstehende liegt in Städten (wo Wohnungen teurer sind ) bei ca. 800 Euro, über dem BAFöG-Höchstsatz von 735 Euro. Familien mit zwei Kindern können mit 2000 bis 2300 Euro rechnen.[[7]](#endnote-7)
9. Dass ALG-II relativ großzügig ist, erkennt man daran, dass in vielen Fällen Menschen mit regulären, aber unterdurchschnittlich bezahlten Jobs (Einzelhandel, Gastronomie, Logistik, Friseure) weniger Nettoeinkommen haben als ALG-II-Empfänger, die nicht arbeiten. Es ist also konsequent und kein Zeichen einer "unsozialen Gesellschaft", dass Geringverdiener einen Zuschuss bekommen ("Aufstocker"), um über genauso viel Nettoeinkommen zu verfügen als ALG-II-Empfänger.
10. Verschärft wird das Problem, wenn ALG-II-Empfänger versuchen, (wieder) in den regulären Arbeitsmarkt zu kommen. Nur die ersten 100 Euro bleiben anrechnungsfrei, danach wird das Arbeitseinkommen zu 80% angerechnet, ab 1000 Euro sogar zu 90%, was de-facto-Steuern von 80% bzw. 90% entspricht. Damit ist jedenfalls der finanzielle Anreiz, in den regulären Arbeitsmarkt zu kommen, gering; je nach Fallkonstellation "entkommt" man dem ALG-II-System erst mit Arbeitseinkommen von 2500 Euro.
11. Das Ziel, die "Behalte"-Quoten für Arbeitseinkommen von ALG-II-Empfängern zu erhöhen, ist also richtig, wäre aber unfinanzierbar, wenn man die bisherigen Leistungen bei Nicht-Arbeit beibehalten würde; denn dann würde man das ALG-II-System erst mit Arbeitseinkommen von 3000 oder mehr Euro verlassen. Das Ziel höherer "Behalte"-Quoten für Arbeitseinkommen von ALG-II-Empfängern ist also nur möglich, wenn die Leistungen bei Nicht-Arbeit abgesenkt (ggf. durch Sachleistungen ersetzt) werden und so in doppelter Weise der Anreiz zur Aufnahme von Arbeit erhöht wird. Für unbestreit­bare Problemfälle (z.B. Alkoholismus, Überschuldung) bleiben gesonderte Regeln geboten.
12. Insgesamt ist Deutschland kein "soziales Problemland". Die Deutschen haben den dritthöchsten Lebensstandard in Europa.[[8]](#endnote-8) Die Zahl der Beschäftigten – gerade auch der regulären Beschäftigten – hat Höchststände erreicht.[[9]](#endnote-9) Die realen Stundenlöhne sind von 1990 bis 2016 um 30% gestiegen.[[10]](#endnote-10) Etwa die Hälfte aller Bürger schafft im Vergleich zu ihren Eltern den Aufstieg in höhere Einkommensklassen.[[11]](#endnote-11) Insgesamt sollte also die Politik die Dinge nicht schlecht reden, sondern mehr die Steuern und Abgaben zahlenden Bürger ("who work hard and play by the rules" [Bill Clinton]) in den Blick nehmen und sich mit der Zukunft eines weiterhin wettbewerbsfähigen Deutschlands befassen.

1. Statistisches Bundesamt, Kohortensterbetafeln 1871-2017 [↑](#endnote-ref-1)
2. Wir beziehen länger Rente als je zuvor, FAZ, 25.7.2016 [↑](#endnote-ref-2)
3. Bald 100 Milliarden Euro Steuerzuschuss für die Rente, FAZ, 14.6.2017 [↑](#endnote-ref-3)
4. Axel Börsch-Supan und Johannes Rausch: Die Kosten der doppelten Haltelinie, ifo Schnelldienst 9. Mai 2018 [↑](#endnote-ref-4)
5. Die Vermessung der Mitte, iwd 16.2.2017 [↑](#endnote-ref-5)
6. Eurostat, Statistiken über die Einkommensverteilung in Europa, http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:At-risk-of-poverty\_rate\_and\_threshold,\_2015\_YB17-de.png [↑](#endnote-ref-6)
7. www.brutto-netto-rechner.info/arbeitslosengeld-2-hartz-4.php; www.bmas.de/DE/Themen/Arbeitsmarkt/ Grundsicherung/Leistungen-zur-Sicherung-des-Lebensunterhalts/2-teaser-artikelseite-arbeitslosengeld-2-sozialgeld.html; http://www.iag-gelsenkirchen.de/site/kosten\_unterkunft\_heizung/ [↑](#endnote-ref-7)
8. https://www.glassdoor.com/ research/studies/europe-best-standard-of-living/ [↑](#endnote-ref-8)
9. Arbeitsagentur, Beschäftigung - Die aktuellen Entwicklungen in Kürze - Juli 2018 [↑](#endnote-ref-9)
10. Hartmut Görgens, "Irrtum und Wahrheit über die Reallohnentwicklung seit 1990", Marburg 2018, S. 13 [↑](#endnote-ref-10)
11. Hans-Böckler-Stiftung, Böckler-Impuls 16/2016 [↑](#endnote-ref-11)